

gerichtet ist, erkennen jetzt auf Grund ihrer eigenen bitteren Erfahrungen:

Es gibt nur eine proletarische Kraft des Kampfes — die rote Einheitsfront, Schulter an Schulter mit den Kommunisten und den Anhängern der SPD für die Verteilung der Löhne und der politischen Rechte des Proletariats!

Ihr erster demonstrativer Schritt zu dieser Einheitsfront muß jetzt lauten:

Einzelnen zum roten Volksbegehren der SPD als offene Kampfanlage gegen die verbrecherische Tolerierungspolitik der verräterischen SPD-Führer!

## Der Generalangriff gegen die arbeitende Klasse

### Ausnahmezustand und Lohnabbau

Mit dem gestrigen Tag steht die kommunistische Presse vor einer kaum zu bewältigenden Aufgabe. Die rote Fahne ist bereits ab heute für acht Tage verboten worden, weil sie aufzählte, was durch die Notverordnung einer kommunistischen Zeitung zu schreiben verboten wird. Lohnabbau und Ausnahmezustand sind über Deutschland verhängt.

Der „Burgfrieden“ ist von der Regierung Brüning-Groener in Uebereinstimmung mit dem Marschallpräsidenten Hindenburg, mit sofortiger Wirkung diktiert worden — ab gestern, wo die neue Notverordnung gegen die Arbeiterklasse und alle werttätigen Volksschichten in Kraft tritt. Der „Burgfrieden“ ist das Ende der politischen Versammlungsfreiheit und die Aufhebung des Rechtes für die proletarische Presse, zum Streik aufzufordern. Der „Burgfrieden“ ist der Angriff der herrschenden Klasse auf die Löhne, auf die Gehälter, auf die Unfallunterstützungen.

Was jetzt die Regierung Brüning an diktatorischen Verordnungen verhängt, könnte prinzipiell anders auch von keiner Nazi-Regierung getan werden.

Was die Regierung Brüning jetzt tut, ist der Sturmangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Werttätigen, der Sturmangriff auf die letzten und kümmerlichsten Reste der politischen Rechte des Proletariats.

Schärferes darüber zu sagen, ist auf Grund der Notverordnungen nicht erlaubt!

Die Regierung Brüning hat durch ihre Notverordnung im Dezember 1930 die Arbeiter und Werttätigen mit 2 Milliarden belastet. Die Regierung Brüning hat durch ihre Notverordnung im Juni 1931 eine weitere 2-Milliarden-Last auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt. Die Regierung Brüning hat im letzten Jahre den Großagrariern und der Industrie an Subventionen und Zollgewinnen mehr als 7 Milliarden gegeben. Die Regierung Brüning hat 1,7 Milliarden zur Sanierung verfallener Banken bereitgestellt. Die Regierung hat in dieser Zeit unentwegt den Lohnabbau gefördert. Sie hat die politischen Rechte der Arbeiter schrittweise eingeschnürt.

Das ist das „kleinere Uebel“! Die neue Notverordnung ist das „kleinere Uebel“!

Alles das geschieht mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Diese Partei toleriert (duldet) nicht nur all dies — sie lüftet diese Politik offen. Sie führt diese Politik durch. Sie trägt die volle Verantwortung. Sie hat Brüning zugerufen: „Zupacken!“ — und Brüning packt zu — gegen den Arbeitslohn, gegen die Gehälter der unteren Beamten, gegen die Unfallrenten, gegen das Streikrecht und die Versammlungsfreiheit, gegen die laufenden Tarife.

Der Reichskanzler Brüning hat am Dienstagabend in seiner Rundfunkrede erklärt, daß man nicht „an formalen Rechtsaufhebungen“ festhalten solle. Er hat „in letzter Stunde“ an die Regierungen des Auslandes appelliert und die völlige Hilflosigkeit aller kapitalistischen Wirtschaftspolitik gegenüber der Welt-

## Naziüberfall auf Zittauer Volkshaus

### Ein Reichsbannerarbeiter schwerverletzt

Zittau, 9. Dez. (Eig. Ber.)

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch künftigen Naziabenden das Zittauer Gewerkschaftshaus. Türen und Fenster wurden eingeschlagen, die SA-Meute lief sogar auf den Dächern umher. Ein Reichsbannerarbeiter wurde von den Horden wüthend mißhandelt, ein anderer Kundenvang von SA-Banden herumgejagt, so daß er erst in den Morgenstunden seine Wohnung erreichen konnte. Auf die Hilfe rufe des Geschäftsführers brauchte das Ueberfallkommando eine Stunde, ehe es zur Stelle war.

wirtschaftskrise eingestanden. Brüning hat seine drakonischen Anordnungen nach innen mit dem Eingeständnis der Schwäche des deutschen Kapitalismus gegenüber den Diktatoren des internationalen Finanzkapitals verbunden.

Brünings Rede, die die neue Notverordnung „erläutert“ sollte, war in jedem Satz eine notdürftige, mißgütige Verhüllung der Hoffnungslosigkeit der deutschen Bourgeoisie. Der Versuch zur Rettung ihrer Klassenherrschaft ist die Politik des katastrophalen Elends, der verschlimmernden Not für die Arbeiter, die Erwerbslosen, die Rentempfänger und alle Werttätigen. Selbst bürgerliche Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, sagen offen, daß die Regierungsmassnahmen mit ihrem minimalen „Preisabbau“ auf einigen Teilgebieten nichts an der weiteren Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung ändern. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gesteht ein, daß die Folgen der Regierungsmassnahmen für die kapitalistische Wirtschaft so sind, „wie man mit der rechten Hand einen Motor anturbebt und mit der linken gleichzeitig Sand in das Getriebe wirft“.

Das Elend und die Erwerbslosigkeit werden weiter wachsen.

Der „Vorwärts“ tritt weiter für die Tolerierung der Brüningdiktatur ein, weil der Kongler in seiner Rundfunkrede ein paar scharfe Worte gegen die Hitlerpartei fand.

Brüning hat auf die Rechte der „verfassungsmäßigen Regierung“ gepocht und den Ausnahmezustand offiziell angefündigt. Nicht, weil das deutsche Finanzkapital gegen die Nazi-Partei eingestellt ist, sondern weil es die gefährliche rote Einheitsfront der Millionen gegen eine Brüning-Hitlerdiktatur fürchtet.

Brünings „Abgabe“ an Hitler ist nur insofern eine „Abgabe“, als das deutsche Finanzkapital in der gegenwärtigen Situation vorwiegend auf die offene Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer bei der Durchführung ihrer faschistischen Politik stützt.

Die Sozialdemokratie bleibt die soziale Hauptstütze der kapitalistischen Diktatur. Die Sozialdemokratie soll nach wie vor das Oberkommando bei der Organisation des Streikbruchs, bei der Aufgabe der Bourgeoisie, bei der Zersplitterung und des Zerfalls in den Reihen der Arbeiterklasse behalten.

Die Nazi-Partei hat bei ihren Geheimverhandlungen mit dem sozialdemokratischen Block die Zusicherung gegeben, die Wirts-

# „Wie im zaristischen Rußland“

## Die bürgerliche Weltpresse zur neuen Notverordnung Brünings

Die bürgerliche Weltpresse bezeichnet die neue Notverordnung Brünings als ein in der Weltgeschichte beinahe einzig dastehendes Diktat über ein großes Volk.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes berichtet aus London, die allgemeine Stimmung sei so, „daß man sich frage, was für eine nationalsozialistische Regierung noch zu tun übrig bleibe, wenn Brüning selbst in diesem Umfange zu Zwangsmassnahmen schreitet“.

Die englische Zeitung Daily Mail schreibt: „Deutschland hat einen Diktator. Seine Verordnungen greifen tief in das Leben jedes einzelnen deutschen Bürgers ein.“ Die Newyorker Herald Tribune vergleicht die Brüningische Notverordnung mit den „schärfsten Dekreten, durch die jemals das zaristische Rußland seinen Nationalitätenstaat zusammenschloß“.

Auch der Berliner Korrespondent der Morning Post schreibt: „Ein so einschneidender Eingriff in das Wirtschaftsleben eines Landes, das den Umfang und die Vielgestaltigkeit Deutschlands hat, ist in der Geschichte wohl noch nicht dagewesen. Der Prozeß der Einschränkungen kann nicht mehr weitergetrieben werden.“

In ihren weiteren Auslassungen geben die großbürgerlichen Blätter zu, daß die Brüningverordnung mit den Forderungen der Tributgläubiger an Deutschland in ursächlichem Zusammenhang steht und die Maßnahmen der deutschen Regierung als ein Anknüpfen vor den in Basel versammelten Vertretern der Finanz- und Tributgläubiger zu betrachten sind.

News Chronicle schreibt, Brüning werfe seine letzten

Reserven in den Kampf, denn wenn er jetzt nicht als Sieger hervorgehe, seien die deutsch-französischen Verhandlungen, von denen alles abhängt, gefährdet. Auch die Morning Post weist auf den Zusammenhang hin, der zwischen den Tributgläubigern Deutschlands und der Notverordnung besteht und die Lösung herbeizuführen.“ Das französische Journal bemerkt: „Die Welt soll erfahren, daß Deutschland ernsthaft handelt, es tut, was es kann, um seine Schulden zu bezahlen.“

Aber die Genugtuung, die in dem Weltcho der Notverordnung zum Ausdruck kommt, ist nicht ganz ungetrübt. Ein großer Teil der imperialistischen Weltpresse stellt weitgehend die Frage, welche Entwicklung der Klassenkampf in Deutschland nach dem Brüning sein „letzten Trumpf“ gespielt habe. News Chronicle schreibt: „Aber im Grunde ist es gar nicht Herr Hitler, mit dem Dr. Brüning fertigwerden muß, sondern die Verzweiflung.“

Mehrere große amerikanische und englische Blätter haben übereinstimmend mit dem Pariser Journal in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen über die Notverordnung die Frage gestellt, wie die werktätigen Massen Deutschlands auf das Diktat der Brüningregierung reagieren werden.

„Die wichtigste Frage“ — schreibt das Journal — „ist, ob die Deutschen sich dem Notprogramm Brünings unterwerfen werden.“ Und dasselbe Blatt spinnt diesen Gedanken weiter mit der überaus bezeichnenden Bemerkung, die Regierung vertraue auf Reichswehr und Schupo, die schon wieder in einer Hand vereinigt worden seien. Das seien nicht zu verzehrende Elemente, solange die Regierung nicht den Kopf zur-

# Das sind Geberings Polizeioffiziere!

## Eine Entschließung der Polizeioffiziere zugunsten des faschistischen Polizeimajors Lewit

### Das Ergebnis von 13 Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik

Die Berliner Polizeioffizier-Vereinigung, in der 90 Prozent aller preussischen Polizeioffiziere organisiert sind, nahm gestern folgende Entschließung an:

„Nach unserer Kenntnis der Tatsachen und nach unserer Einschätzung der Persönlichkeit des Polizeimajors Lewit ist es uns nicht zweifelhaft, daß er auch den Mitgliedern des Reichsbanners gegenüber den Gesetzen und Bestimmungen gemäß gehandelt hat. Deshalb sind die bisherigen Maßnahmen des Polizeipräsidiums von Berlin und des Ministers des Innern gegen Lewit unseres Erachtens unberechtigt. Auch ist uns danach unverständlich, daß die Maßregelung Lewits ohne vorherige gründliche Untersuchung erfolgt ist. Nachdem das Vertrauen, das wir in die rein rechtliche Handlungsweise des Herrn Ministers des Innern legten, durch die scharfen Maßnahmen gegen Polizeioffiziere, die am Volksehrgefühl teilnahmen, bereits eine nicht unerhebliche Erschütterung erlitten hatte, ist es nunmehr infolge der Art der Behandlung des Falles Lewit in Gefahr, verloren zu gehen.“

Wir bedauern auch, daß durch eine derartige Behandlung solcher Fälle in die Ausübung des polizeilichen Dienstes der

Polizeioffiziere und Polizeiwachmeister eine große Unruhe getragen wird, die sich letzten Endes zum Schaden der Bevölkerung auswirken muß. Wir betonen ausdrücklich, daß wir Polizeioffiziere uns durch keine noch so schweren persönlichen Nachteile von der ordnungsmäßigen und unparteiischen Ausübung der Gesetze abbringen lassen dürfen und wissen uns dabei der Masse der Polizeiwachmeister eins.“

Diese Kampfanlage an Seering ist von größter Bedeutung. Die Entschließung enthält mit einem Schlage, daß die faschistischen Offiziere sich den Einfluß auf die große Masse der Polizeiwachmeister gesichert haben. Diese Entschließung zeigt, daß sozialdemokratische Koalitionspolitik unter allen Umständen zu Faschismus führt und daß die sozialdemokratischen Minister die meisten zur Faschisierung des Staatsapparates beitragen.

Die Balkumbanden wittern Mordlust. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse macht der Zusammenstoß der ehemaligen Balkumbanden, Grenzschutz, Freikorps und Oberleutnants weitere Fortschritte.

# 6 Prozent Lohnabbau bei Metallern!

## Nehmt sofort Stellung in allen Betrieben!

Wie die Pressestelle beim Landesauschuh sächsischer Arbeitgeberverbände mitteilt, ist am Dienstag für die sächsische Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt worden, der ab 7. Dezember eine Lohnsenkung um durchschnittlich 6 Prozent vorseht. Diese Regelung soll bis zum 31. Januar 1932 gelten. Die Erklärungen der beiden Parteien stehen noch aus.

Dreimal wurde den Metallarbeitern Sachsen in diesem Jahre der Lohn abgebaut, außer dem riesigen betrieblichen Lohnabbau, der bei jeder Neufaktulierung von Akkordpreisen durchgeführt wurde und wird. Die Löhne der sächsischen Metallarbeiter sind in Deutschland sprichwörtlich geworden, so handbemächtig sind sie. Hinzu kommt, daß die sächsischen Arbeiter mehr als alle anderen von Urlaub, Erwerbslosigkeit und demgemäßen Lohnausfall betroffen sind. Der neue Lohnabbau wird es bringen, daß die Metaller mit Löhnen nach Hause gehen werden, die bei Vollarbeit selten 25—30 Mark überstiegen werden. Die ungeheure Mehrheit aber, die kurz arbeitet, soll mit 10 und

12 Mark in der Woche leben. Sofort müssen alle Betriebe Stellung nehmen.

## Glänzende Kampfstimmung in Rom

Eine gestern stattgefundene Versammlung der italienischen Textilarbeiter brachte den einmütigen Willen zur Fortsetzung des Kampfes zum Ausdruck. Sozialdemokratische und parteilose Arbeiter stehen fest in der unerhittlichen Kampffront. Die Textilindustriellen betreiben gemeinsam mit den reformistischen Gewerkschaftsführern die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches. Durch die Notverordnung sollen die Löhne auf dem Niveau von 1927 gebracht werden.

Alle Versuche der Gewerkschaftsböden, die Front der Streikenden zu zersplittern, sind bisher von den Textilarbeitern junichte gemacht worden.

schaffsmassnahmen der Regierung nicht zu hören. Sie toleriert den Notverordnungskurs. Sie toleriert die Bittgänge zu den Vertretern des Youngkapitals in Basel. Die Nazi-Partei bleibt noch in Reserve, um nach weiterer Diskretisierung des herrschenden Systems dessen Politik zur gegebenen Stunde fortzusetzen.

Der „Vorwärts“ triumphiert, daß der Sozialdemokratie die Fortsetzung der Politik des „kleineren Übels“ für ein paar Wochen oder Monate gestattet ist. Dafür läßt sie die neue Notverordnung, trotz ein paar papierener Protestworte, dafür wird von ihr die Reichstagsablenkung verschleppt und wieder abgelehnt. Dafür zieht sie selbst den Reichsbannerarbeitern die Uniformen aus und nimmt ihnen das Recht zum Tragen von Abzeichen. Dafür hilft sie der Diktatur der Schnellgerichte.

Der „Staatsmann der Sozialdemokratie“, Herr Otto Braun, führt wieder die große Regie.

Die Regierung Brüning-Groener kann mit dem Diktat des „Burgfriedens“ die Versammlungen gegen die neuen Notverordnungen, die Aufforderung zum Streik gegen die diktatorische Lohnsenkung verbieten. Niemals aber wird eine kapitalistische Macht in Deutschland in die Hirne und Herzen der klassenbewußten deutschen Arbeiterklasse den bürgerlichen Geist des „Burgfriedens“ pflanzen können. Die deutsche Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Partei weiß, daß sie nur die Rechte hat, die sie sich selbst erkämpft.

Es gibt nur eine Partei, die keine Konzessionen an den Geist des „Burgfriedens“ macht: die KPD!

Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter, mit uns Kommunisten und den Anhängern der KPD, Schulter an Schulter im Tageskampf für die proletarischen Klasseninteressen gegen die gemeinsamen kapitalistischen Bedrücker und Ausbeuter zu kämpfen.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, dem wir haderlich die Hand zur Verteilung des Lebens und der Rechte der deut-

lichen Arbeiter reichen, wird jetzt an der Unterfaltung des Lohnabbau und des Ausnahmezustandes durch die sozialdemokratischen Führer erkennen:

Die Sozialdemokratische Partei muß politisch geschlagen werden. Die Agenten der kapitalistischen Diktatur müssen aus den Reihen der Arbeiterklasse entfernt werden. Die Stäbe des Faschismus, die SPD, muß im Lebensinteresse der Arbeiter zerbrochen werden. Gegen die sozialdemokratische Freundschaftsregierung muß der Kampf auf der ganzen Linie verfohrt werden.

Die kommunistische Partei tritt vor die deutsche Arbeiterklasse und alle Werttätigen mit ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung hin. Nur die Kommunisten können eine Politik durchführen, die in einem sozialistischen Deutschland ... die betriebsdemokratischen arbeitenden Massen die wirkliche Freiheit bringt und den Sozialismus aufbaut. Die kommunistische Partei führt die Arbeiterklasse zum sozialistischen Ausweg aufwärts aus der kapitalistischen Krisenlebens, der gleichzeitig der Weg zur Befreiung aller Tribut- und Sklavenjassen des ausländischen Finanzkapitals ist.

Die kommunistische Partei sammelt hartnäckig und unermüdlich die Arbeiter im täglichen Kampf. Die Politik der kommunistischen Partei ist die Politik der proletarischen Klasse und aller Kollaborierenden. Die Politik Brünings ist nicht die Politik einer Person, sondern die Politik der regierenden Minister der Bourgeoisie, die Politik der kapitalistischen Klasse gegen die proletarische Mehrheit des Volkes.

So stehen die Fronten in Deutschland.

Angehts der neuen Notverordnung, angehts des Sturmangriffs der Kapitalisten gegen das Proletariat erklären wir im Namen der Arbeitermillionen:

Nicht die Bourgeoisie, nicht Brüning, werden die Sieger sein. Der Sieger wird der Sozialismus sein, die deutsche Arbeiterklasse, der Sozialismus!